

Fazit: 2004 - ein rabenschwarzes Jahr für die Wälder

■ Verbrecherisch, habgierig, vorsätzlich, desinteressiert, ratlos, müde, abgestumpft

Wer eine Trendwende erwartet hat, wird herb enttäuscht werden: 2004 bringt für viele Waldgebiete das krasse Gegenteil. Großflächige Abholzungen für die Papierfabriken im indonesischen Sumatra und die rasante Ausdehnung der Sojaanbauflächen in Brasilien sind die wichtigsten Schrittmacher. Die Folgen sind bekannt: ökologischer Notstand, Zunahme von Erdbeben und Überschwemmungen mit Todesfolge, Zunahme der Hitze und Luftverschmutzung, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit großer Bevölkerungsteile. Trotzdem soll es so weitergehen - es fehlt der Wille, das Bewußtsein und die politische Kraft für eine Änderung der Zerstörungsdynamik: die daran Verantwortlichen bewegen sich im Niemandsland - zwischen verbrecherisch und abgestumpft.

Ein Hinterhof in München, Blick auf 20 stylische Balkone, hochgezogen an den frischrenovierten Fassaden. Bewohnt von gutgestellten 'Dinks' (double income no kids), in deren Planung Kinder in drei, vier Jahren vielleicht vorgesehen sind. Auf 12 der Balkone stehen Gartenmöbel aus Teak oder ähnlichem. Wo die wohl herkommen? Noch nie von Raubbau und Konflikt bei Teak gehört?

Mit gut drei Seiten haben es die bayerischen Wälder und die ihr Schicksal bestimmende Politik zu einem Schwerpunkt in diesem News-Letter gebracht. Auf den ersten Blick ungewöhnlich für eine Organisation mit dem Namen Pro REGENWALD? Längst nicht mehr! Die Zerstörungsursachen für Waldgebiete weltweit sind die selben: mangelnde Partizipation und Transparenz, falsche Entwicklungsaktivitäten, mangelhafte Bewertung der Serviceleistungen, die wir von der Natur nehmen und schließlich ein Konsum, der die Reproduktionsfähigkeit vieler Ökosysteme weit überfordert.

Was wir von sogenannten Dritte Welt Ländern zu kennen glauben, trifft in vielen Punkten plötzlich auch für Bayern zu. Was liegt da näher, als auch vor der eigenen Haustür zu kehren und etwas für unsere Wälder und zukünftigen Generationen zu tun?

Wir sind äußerst gespannt, wie das Volksbegehren ausgehen wird - vielleicht hätten wir doch unsere Partnerorganisationen in den Regenwäldern mobilisieren sollen, Lobbyarbeit bei uns in Bayern zu machen.

Ihr Pro REGENWALD - Team

Landratsamt in Dachau, Schulhefte aus Recyclingpapier sind das Thema. Es soll eine Liste mit Geschäften erstellt werden, in denen solche umweltschonenderen Hefte gekauft werden können. Fehlanzeige: Die Liste ist kurz, nur ein Geschäft bietet sie an. Ist es profitabler, Hefte aus Primärfaserpapier zu verkaufen? Waldfreundlich ist es nicht.

Ministerium in Bonn, eine 'Briefingrunde' zur Frage, ob sich das Geldwäschegesetz eignen könnte, den Import illegaler Tropenhölzer zu unterbinden. Es gibt Möglichkeiten. Sie anzuwenden, muss aber gewollt und entschieden werden - unserer Information nach ist dies bisher aber noch nicht geschehen.

Anfragen bei diversen Uni-Instituten in München: Wer würde mitmachen und wenigstens die Skripte auf Recyclingpapier kopieren lassen. Irgendwo muß das Papiersparen doch anfangen. Recyclingpapier? Warum wir? Das ist doch teurer! Also, ich glaube kaum ... und ich entscheide das sowieso nicht.

Montag, Plenum bei Pro REGENWALD: Kurzberichte von den aktuellen Baustellen, u.a. Uniumfrage, Vorbereitung zu Volksbegehren, Pipelinebruch in Ecuador, Meldung aus Brasilien: Die Entwaldung hat wieder zugenommen. Warum geht das alles so zäh oder gar in die falsche Richtung? Hinschmeissen und aufhören? Alles einfach geschehen lassen? Nein, dann besser doch weitermachen!



Für Pro REGENWALD-Aktivistin ist kein Weg zu weit und kein Stift zu schwer: das große Modell wollte die Brasilianische Botschaft nicht an Präsident Lula weiterleiten - wir hoffen, dass er das Landrechtsdekret dann bald mit einem kleinen Stift unterschreibt.

■ Inhalt

- | | |
|---|---|
| 2 Indonesien: Von wo unser Papier herkommt: "Melde Totalschaden" | 8 FLEGT: Illegales Raubbauholz weiterhin im Angebot |
| 4 Raubbauholz: Wieder im (Internet) Handel | 9 Forstreform: Wald in Bayern soll bessere Holzfabrik werden |
| 5 Interview: Nachhaltigkeit zählt ... wenn es die Kunden verlangen | 12 Kids: Märchen vom Schulheft |
| 6 Landrecht: Indianer brauchen langen Atem - und Geld | 13 Kids: Schulklassen gesucht für Gemeinschaftsaktion |
| 7 Aktion: Ein Kugelschreiber für den Präsidenten | 14 Kurz: Aus aller Welt, Impressum |
| | 15 Interna: Kurze Blicke ins Büro |
| | 16 Geschenktipp: Mit neuen Bäumen Wald schenken |

Von wo unser Papier kommt: "Melde Totalschaden!"

■ Regenwald gefällt, abgebrannt, monoton gemacht, Wasser vergiftet

Im einstigen Traumreiseland Sumatra herrscht Notstand: ökologisch, wirtschaftlich und sozial. Nirgendwo sonst war der großflächige Raubbau am Regenwald so schnell und die Waldzerstörung so effizient, wie auf dieser großen indonesischen Insel. Nach nur 20 Jahren 'Bewirtschaftung' finden Besucher heute einen Trümmerhaufen wo vorher ein Paradies war. Die Folgen sind: ein immenser Verlust an Artenvielfalt, zunehmende ökologische und klimatische Instabilität, erhöhte Schadstoffbelastung vor allen Dingen im Flußwasser, fehlende wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, sowie die Zunahme an Erkrankungen, Kriminalität und sozialen Spannungen. Hauptverantwortliche sind die Papier- und Holzindustrie sowie die Betreiber der Palmölplantagen. Hauptursachen sind Habgier und mangelndes Bewußtsein, fehlende staatliche Kontrolle, mangelnde Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung, Korruption, die Überkapazitäten der Industrie und falsche Finanzierungsbeihilfen aus dem Ausland.

Zahlen und Fakten können das Ausmaß der Katastrophe nur andeutungsweise vermitteln: Seit Mitte der 80er Jahre sind jährlich etwa 250.000 Hektar der Tieflandregenwälder Sumatras zerstört worden. Man hat sie von einem artenreichen Waldökosystem degradiert zu Monokulturen oder Ödland. Experten befürchten, daß schon 2005 die letzten noch lohnenden Flächen der Naturwälder bis auf spärliche Reste abgeerntet und damit zerstört sein werden. Aufgefressen von mittlerweile 12 Zellstoff- und Papierfabriken, die rund 80 Prozent des indone-

schlimmsten Fällen selbst vor Schutzgebieten nicht halt. Das indonesische Forstministerium schätzt den verursachten Schaden auf 3,7 Mrd. US Dollar jährlich, wobei sich dies auf den Holzwert beschränkt und die entgangenen zusätzlichen Gemeinwohlfunktionen nicht beinhaltet, wie sie am Beispiel der bayerischen Wälder im Artikel auf den Seiten 9-11 beschrieben sind.

Verlierer ist die Bevölkerung

Von diesen Waldfunktionen, die über die Holzproduktion weit hinausgehen, lebt(e) aber die Bevölkerung in dieser Region - die oftmals recht arm ist. Der Wald ist für sie Obst- und Gemüsegarten, Supermarkt, Apotheke, Arbeitsplatz und Freizeitpark in einem - solange er intakt ist. Zerstörer Wald ist für die Menschen so wertlos wie Landschaften fressende große Monokultur-Plantagen, und trägt in keinsten

Bevölkerung wird zwangsweise zum Regenwaldzerstörer

Allein diese Umstände treiben viele der seit Jahrzehnten durch Konzessionsvergaben entrechteten Waldbewohner in die Illegalität: Eine Großzahl der geschlagenen Bäume geht auf ihr Konto. Durch den Verkauf läßt sich wenigstens etwas Geld dazuverdienen und aus Sicht der Anwohner nimmt ja primär der Konzessionsinhaber Schaden. Dass sie den Wald mitzerstören, für den sie ohnehin kein Nutzungsrecht haben, macht es nur noch leichter. Für manche mag dieser Diebstahl auch ein Ventil sein, um den Ärger und Frust über den Verlust der traditionellen Lebensweise und der früheren Nutzungsrechte zum Ausdruck zu bringen.



Letztere wurden in den 80er und 90er Jahren einer totalitären Entwicklungspolitik geopfert: Konzessionen für Holzeinschlag und für die Umwandlung in Plantagen wurden über die Köpfe der lokalen Bevölkerung hinweg an Konzerne vergeben, die in enger Beziehung zu Regierungsmitgliedern standen. Gegen den Aufbau der Fabrikanlagen selbst protestierten Anwohner wiederholte Male, es gab Verletzte, Verhaftungen und gewaltsame Unterdrückung des Widerstands. Schmiergeldzahlungen und Korruption sorgten für zusätzlichen Ärger und für Spannungen: Immer wieder liess sich ein Dorfchef Geld in seine Taschen stecken, um im Gegenzug irgendwelche Gebietsansprüche abzutreten - ohne vorher die Gemeindemitglieder zu informieren oder sie nach ihrer Meinung zu fragen.

Papier- und Zellstoffindustrie steht für entfesselte Waldvernichtung

Wie bestialisch sich die geplanten Vorhaben entwickeln sollten, hat sich in der Anfangszeit niemand ausmalen können. Die Zellstoff- und Papierfabriken der Konzerne Asia Pulp & Paper (APP) und Asia Pacific Resources International Holdings (APRIL) in der Provinz Riau im Osten Sumatras sind rückblickend wahrscheinlich die grössten industriellen Verbraucher von Holz aus tropischen Naturwäldern weltweit geworden. Als



Foto: Jens Wieting, Robin Wood

Verwüstung und Trümmer soweit das Auge reicht. Dummerweise werden solche Bilder nicht als Herkunftsnachweis auf die Umverpackungen des Papiers gedruckt.

sischen Zellstoffs und über 40 Prozent der Papierproduktion des Landes ausspucken.

Indonesien verliert von derzeit noch ca. 100 Millionen Hektar Wald jährlich über 3,5 Millionen. Zum Vergleich: Brasilien kommt 'nur' auf 2,5 Millionen Hektar, hat mit 550 Mio Hektar aber mehr als die fünffache Waldfläche aufzuweisen. Gut drei Viertel des Holzeinschlags in Indonesien soll nach Regierungsangaben illegal sein, und macht in den

Weise zu ihrer Grundversorgung bei. Oft wird den Anwohnern der Zugang zu ihrem ehemaligen Wald verboten. Das Flußwasser unterhalb der Papier- und Zellstofffabriken, die zur Bleiche Chlorverbindungen einsetzen, ist ungenießbar, vergiftet und macht viele krank. Die Fische, bisher Hauptlieferanten tierischen Eiweißes, sind fast verschwunden. Unterm Strich: trotz der industriellen 'Entwicklung' der Region geht es den Leuten wesentlich schlechter als zuvor.

Regenwaldzerstörer schlagen sie andere um Längen: Für ihre Produktion verbraucht jede der beiden Fabriken jährlich rund neun Millionen Kubikmeter Holz. Gut zwei Drittel davon wurden bisher aus dem Regenwald gewonnen, der dafür größtenteils kahlgeschlagen wurde. Der Rest des Rohstoffs stammte aus Plantagen, die auf früher eingeschlagenen Waldflächen angelegt wurden.

Nach Schätzungen hat jeder der beiden Konzerne bisher rund 300.000 Hektar Regenwald gerodet - das entspricht in der Summe etwa einem Viertel der Wälder in Bayern. Als ob das nicht schon genug wäre, will jedes der beiden Unternehmen in den kommenden Jahren weitere 200.000 Hektar Regenwald 'ernsten' und damit zerstören. Ohne diese Maßnahmen würde der Rohstoff für die Papierfabriken ausgehen. Später soll die Produktion laut Angaben der Industrie ausschließlich mit Holz aus Plantagen betrieben werden. Doch dieses Ziel wurde schon früher angekündigt und nicht eingehalten. Solange billiger Naturwald zu haben ist, werden die Mittel für eine fachgerechte Anlage und Bewirtschaftung von Plantagen eingespart. Experten halten die Plantagenpläne ohnehin für zu ehrgeizig - abgesehen davon, daß sie in keinsten Weise die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionen intakter Wälder erfüllen können. Unter hohem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden werden vor allem Akazien hochgepöppelt, nach sieben Jahren geerntet und an die Fabriken verfüttert. Wie lange der regionale Wasserhaushalt und die Böden das Spiel mitmachen, wird die Zukunft zeigen.



Foto: Jens Wieting, Robin Wood

Akazien-Plantage

Unter hohem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden werden vor allem Akazien hochgepöppelt, nach sieben Jahren geerntet und an die Fabriken verfüttert. Wie lange der regionale Wasserhaushalt und die Böden das Spiel mitmachen, wird die Zukunft zeigen.

Selbstbedienung und Schuldenberg

Trotz der kostenfreien Nutzung des Rohstoffes Holz (und Zerstörung der Wald-Ökosysteme) und der Anschubfinanzierung mit gigantischen Krediten und Bürgschaften, scheint das Konzept wirtschaftlich nicht aufzugehen: Die beiden Konzerne APP und APRIL sind

hoch verschuldet und bereiten den internationalen Geldgebern allergrößte Kopfschmerzen. Selbst deutsche Banken bängen um ihre Investitionen: Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank gehören zu den Gläubigern des Konzerns APP.

Auch die Bundesregierung ist beteiligt: Sie gewährte für deutsche Maschinenlieferanten Bürgschaften in Höhe von etwa einer Milliarde DM. APP wäre längst pleite, hätten die Geldgeber nicht immer noch die Hoffnung, dass aus noch effizienterer Regenwaldzerstörung doch noch Geld gemacht werden könnte. Das Unternehmen APP hat Schulden in Höhe von rund 13 Mrd US \$ und wie die jetzt erwirtschaftet werden sollen, nachdem der Großteil des Vermögens Wald vernichtet ist, weiß niemand genau.

Raubbaupapier im europäischen Handel

Trotz der Regenwaldzerstörung und der sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung gelangt Papier aus dieser Region und von diesen Unternehmen nach Europa und Deutschland. Hier wird es von VerbraucherInnen gekauft, die höchstwahrscheinlich keinen Zusammenhang zu den beschriebenen Produktionsbedingungen erkennen. Karstadt, die Deutsche Post und die Metro-Gruppe, eines der größten Handelsunternehmen der Welt, hatten Papier von APP im Angebot. Schluß war damit, nachdem die Umweltorganisation Robin Wood durch eine Faseranalyse nachweisen konnte, dass dieses Papier aus Hölzern der tropischen Regenwälder hergestellt wird. Die Unternehmen reagierten wie so häufig: wenn eine Schweinerei nachgewiesen wird, ist es ihnen unangenehm, sie geloben Besserung - und nehmen wenigstens das strittige Produkt aus dem Sortiment, für das der konkrete Beweis vorliegt.

Hartnäckiger ist das Vorgehen der Firma Papier Union, nach eigenen Angaben der führende Papiergrosshändler



Foto: Jens Wieting, Robin Wood

Ein Kapitel für sich: die Unternehmen nutzen Wälder, die auf Torfschichten stehen. Dazu wird das Gelände entwässert - mit der Folge, daß die Brandgefahr dramatisch steigt. Im Idealfall sollte auf solchen Böden keine Holznutzung stattfinden - schon gar nicht im Kahlschlag.

Deutschlands: Das Unternehmen bezieht jährlich 15.000 Tonnen Papier der Marke Paper One von APRIL, für dessen Produktion Zellstoff aus Akazienplantagen verwendet wird. Die Papier Union sieht APRIL - trotz der geplanten weiteren Nutzung von Primärwald - als Unternehmen auf dem rechten Weg und will weiterhin Papier von einem der größten Regenwaldzerstörer beziehen. Dabei muß man davon ausgehen, daß die Papier Union ihren Einfluß bei APRIL nicht geltend machen und die für die kommenden Jahre zum Abholzen geplanten 200.000 Hektar Wald nicht retten wird.

VerbraucherInnen entscheiden für oder gegen Regenwaldschutz

Derzeit steckt in jedem Blatt Papier aus Sumatra ein Stück Waldzerstörung oder umweltschädliche Plantagenwirtschaft. Wer sicher gehen will sollte auf Papier mit Herkunft Sumatra - und, da die Zustände in ganz Indonesien nicht wesentlich besser sind, Indonesien - verzichten. Es wird nicht immer möglich sein, die Herkunft der Papierrohstoffe eindeutig festzustellen, deshalb lautet die Empfehlung: sicherheitshalber zu Recyclingpapier greifen und mit Papier allgemein sparsam umgehen. Papier hat einen hohen Preis.

Lesetipps

Tabula Rasa auf Sumatra, 2001, Barbara Happe, Urgewald
http://www.urgewald.de/presse/hintergrundtexte/tabula_rasa.pdf

Sumatras Regenwälder - Zerstört für Papier, 2004, Jens Wieting, Robin Wood
<http://www.tropenwald.org>

Achtung: Wieder Raubbau-Holz im (Internet) Handel

■ Umweltschützer sind gegen die Flut der Raubbau-Holz-Verramscher fast machtlos

Ohne Fragen zu stellen und möglichst schnell, so werden Abschlüsse beim Kauf von Gartenmöbel idealerweise getätigt. Zu diesem Eindruck kommt man als kritischer Tropenholzkäufer oder Waldschützer. Dies ist frustrierend, weiss man als 'Experte' doch einiges mehr über die Umstände bei Herkunft und Produktion. Deshalb erfordern die Verkaufspraktiken mancher Anbieter gerade einen ganz anderen Typ Kunden: hartnäckig, gut informiert und streiterprobt.

Nach einigen Jahren der vorsichtigen Zurückhaltung scheinen alle Dämme gebrochen: Tropenholzgartenmöbel quellen aus allen Läden. Selbst im Oktober, also weit außerhalb der früher üblichen Saison, werden Garnituren aus Teak, Yellow Balau, Bankirai und anderen Holzarten über Internetshops ver-

zichten!" führen, wie es in dem Münchner Einrichtungshaus von Karstadt passiert ist.

Über zwanzig Besuche mit Transparent und Infoblättern schon im letzten Jahr und unzählige Informationsgespräche haben vielleicht dem Ladenpersonal und den Kunden die Augen geöffnet, geholfen hat es aber wenig. Pünktlich zum Saisonbeginn wurden 2004 allerhand Gartenmöbel aus Raubbau-Holz angeboten, darunter sogar Teak aus dem verpönten Burma, wo Militärs aus Teakexport ihre Waffen finanzieren.

Mit einer gewissen Berechtigung stellt man sich die Frage, warum bei manchen Unternehmen die Lernfähigkeit angesichts gesicherter Fakten so schwach ist. Karstadt ist recht zögerlich - nicht nur in Sachen Tropenholz, wie wir heute wissen. Wer die Zeichen der Zeit nicht frühzeitig genug erkennt, den straft das (Wirtschafts-) Leben und die Kunden gehen zur Konkurrenz.

Die Essener Zentrale von Karstadt hat nun doch signalisiert, ab kommendem Jahr nur noch FSC-zertifizierte Teakprodukte anzubieten.

Rossmann handelt: Teakmöbel aufgelistet

Ein anderer Fall konnte zügiger gelöst werden: Mitte Juni wiesen uns mehrere Anrufer auf ein Angebot von Teakgartenmöbeln hin, welches in den Filialen der Drogeriemarktkette Rossmann beworben wurde. Wie in solchen Fällen üblich, baten wir Verantwortliche des Unternehmens um weitere Angaben bezüglich der Nachhaltigkeit der Produkte. Die Beantwortung solcher Anfragen kann einige Wochen dauern - häufig so lange, bis die Angebote abverkauft sind. Nachdem die Anfragen besorgter KundInnen nicht abnahmen - und wir vom Anbieter keine Rückmeldung hatten, informierten wir per Email und baten das AktivistInnennetzwerk um Unterstützung. Gleichzeitig dokumentierten wir vor einer Filiale mit einer Infoaktion die Dringlichkeit. Wenige Tage später erreichte uns die Nachricht, dass Rossmann Online - der Anbieter - aufgrund des nicht eindeutigen Nachhaltigkeitsnachweises des Lieferanten die Produkte aus dem Angebot nehmen würde.

Diese Entscheidung war richtig, auch wenn es aus unserer Sicht ärgerlich ist, dass es überhaupt dazu kommen konnte. Umweltschützer erhoffen sich bei jeder Entscheidung über die Aufnahme eines Produktes in das Angebot von Unternehmen eine angemessene Prüfung bzgl. der Produktnachhaltigkeit. Die Unternehmen sind damit aber häufig überfordert. Der Fragestellung wird nicht ausreichend Wichtigkeit beigemessen, es fehlen Kapazitäten sowie verständliche und verlässliche Informationsquellen.

Discounter erwischt und informiert

2004 mischten im Gartenmöbelgeschäft alle mit: ALDI, Tengelmann, Plus, Wal Mart und LIDL, um die wichtigsten zu nennen. Palettenweise wurde in der Regel Saisonware aus Bangkirai, Yellow Balau, Meranti (Shorea), Iroko und Teakholz angeboten. Sämtliche Unternehmen wurden von Pro REGENWALD über die Problematik informiert und um Übermittlung eines Nachhaltigkeitsnachweises gebeten. In den seltensten Fällen kann ein solcher erbracht werden: Diese Unternehmen handeln wahrscheinlich mit Raubbau-Hölzern.

Ministerium müsste VerbraucherInnen informieren

Derzeit gibt es keine gesetzlichen Regelungen gibt, die den Import von illegalen Raubbauhölzern verbietet. Der Handel hat über unverbindlich Absichtserklärungen hinaus nicht einmal eine Selbstverpflichtungserklärung erarbeitet oder verabschiedet. Pro REGENWALD fordert angesichts der fortschreitenden Regenwaldzerstörung von den zuständigen Ministerien wenigstens die Bereitstellung ausreichender Infomaterialien, die dem Handel und den KonsumentInnen als Entscheidungshilfe dienen könnte. Desweiteren müsste aus den Ministerien konkrete Unterstützung für die wertvolle Aufklärungsarbeit, die Umweltverbände leisten, bereitgestellt werden. Wie sonst sollte es mehr hartnäckige, gut informierte und streiterprobt KonsumentInnen geben?



Ohne Rücksicht auf Verluste



Angebote wie dieses sieht man jede Woche neu in der Stadt. Wer jedoch Genaueres über die Herkunft des Holzes wissen will, erfährt in der Regel nichts.

ramscht. Kaum einer der Anbieter kann einen Nachhaltigkeitsnachweis erbringen oder die Legalität seiner Produkte belegen. In einem Sektor, wo man davon ausgehen muß, dass rund 70 Prozent der Waren illegal produziert wurden, ist dies kein Wunder.

Karstadt weiterhin uneinsichtig

Entsprechend gereizt reagieren dann manche Verkäufer, auch nur Ausführende in einem unbefriedigenden Umfeld, meist schlecht informiert und ahnend, dass sie Schund verkaufen (müssen). Da können dann die zwei Standardfragen nach 'Herkunftsland' und wie denn die 'Nachhaltigkeit bei der Produktion' sichergestellt sei zu einem Rauswurf mit Handgreiflichkeit und der Beschimpfung: "Auf solche Kunden können wir

Nachhaltigkeit zählt ... wenn es die Kunden verlangen

■ VerbraucherInnen können über Kaufverhalten das Angebot beeinflussen

Rossmann Online bot, wie einige weitere Unternehmen auch, Gartenmöbel aus Teak an. Nach Protesten prüfte das Unternehmen die Nachhaltigkeitsnachweise des Lieferanten und beschloss daraufhin, die Produkte aus dem Angebot zu nehmen.

Stephan Klose, Sprecher der Drogeriemarktkette Rossmann erläutert die Problematik aus Unternehmenssicht:

Frage:

Rossmann (online) ist eine Drogeriemarktkette. Wie kommen sie dazu, Gartenmöbel zu erkaufen?

Rossmann bietet zu den unterschiedlichen Jahreszeiten kleine Produktwelten an. In unserer Sommerwelt paßten sich die Gartenmöbel hervorragend ein. Da die Produkte aus einem nachwachsenden Rohstoff umweltverträglich hergestellt werden können, sehen wir das als eine sehr gute Produktgruppe. (Vorausgesetzt die Umweltverträglichkeit ist auch zutreffend.)

Welche Kriterien spielen für Rossmann bei einer solchen Beschaffung eine Rolle (z.B. Nachhaltigkeit)?

Natürlich muß für unsere Kunden ein interessantes Preis-/Leistungsverhältnis geboten werden. Bezüglich der von Ihnen angesprochenen Umwelt- und Sozialverträglichkeit, versuchen wir natürlich 'gute' Produkte zu beschaffen. Leider ist für uns jedoch kaum nachprüfbar, ob dies in der ganzen Produktionskette eingehalten wird. Hier ist der Händler gezwungen, sich entweder auf Aussagen des Lieferanten oder mittlerweile immer häufiger auch auf Zertifikate zu verlassen.

Holen Sie sich in der Regel vor der Bestellung eines Produktes Informationen über dessen Herkunft ein und sind dabei auch soziale und ökologische Gründe von Belang?

Wie bereits gesagt, achten wir auf existierende Gütesiegel. Darüber hinausgehende Anforderungen sind eigentlich unrealistisch. Wer sollte für Produktgruppen ohne Siegel die Standards de-

finieren oder deren Einhaltung überprüfen? Der Einkauf kann eine Kontrollfunktion in Ausnahmefällen bei Lieferanten erbringen, die lange bekannt sind und wo es eine persönliche Vertrauensbasis gibt.

Nochmals konkret zu Holzprodukten und auch Papier: Seit einigen Jahren muß man die Produktionsbedingungen in Ländern, wie Indonesien, Malaysia und dem Kongo als raubbauartig und teilweise auch illegal bezeichnen. Kann man als Einkäufer solche Entwicklungen überhaupt alle im Auge behalten und berücksichtigen?

Bei krassen und allgemein bekannten Fällen (wie Kinderarbeit bei Teppichherstellung) ist das keine Frage. Schwieriger ist es bei weniger bekannten Angelegenheiten oder wenn es verwirrende Aussagen von verschiedenen Gruppierungen gibt. Ein Beispiel: 'Plantagenholz' hätten wir als generell nicht Regenwald zerstörend und somit umweltfreundlich angesehen, da wir von Lieferanten entsprechend informiert wurden. Dass Plantagen auch schlecht bewirtschaftet werden und ein Umweltproblem darstellen können, berücksichtigen wir heute bei unseren Überlegungen.

Können wir Sie beim Wort nehmen und darauf bauen, bei Rossmann online künftig nur noch zertifizierte Holzprodukte im Angebot zu sehen?

So pauschal können wir das nicht sagen - mir ist beispielsweise nicht bekannt, ob man theoretisch alle Produkte in zertifizierter Version überhaupt auf dem Markt bekommt. Was zukünftig auf alle Fälle vermieden werden sollte: Produkte im Angebot zu haben, deren Nachhaltigkeit zweifelhaft ist oder die illegal sind.

Welche Maßnahmen würden Ihrer Firma dabei helfen, (illegales) Raubbau-Holz zu meiden (z.B. Importverbote, umfangreichere Aufklärung durch Umweltverbände, die Bundesregierung oder den Holzhandel)?

Ohne Zweifel sind Gütesiegel oder Zertifikate hilfreich. Diese existieren, um Menschen, die sich nicht hauptberuflich

mit dieser Qualitätssicherung beschäftigen, eine sichere Kaufentscheidung zu ermöglichen. Dies funktioniert in einigen Bereichen ja sehr gut. Zum Beispiel beim TÜV-, CE- oder Recycling-Siegel. Daher müssen wir als Händler fordern, dass eine für uns eindeutige Einstufung dieser Produktgruppe ermöglicht wird.

Welche Institutionen sehen Sie dabei besonders in der Pflicht und in welchen Bereichen erwarten Sie ein Mehr an Information?

Im Grunde genommen sind da die Umweltverbände gefordert. Sie haben das größte Know-How und können somit am besten Aufklärungsarbeit leisten.

Vielen Dank für das Vertrauen, aber müssten nicht staatliche Stellen den Hauptteil dieser Arbeit leisten oder wenigstens angemessen finanzieren? Unserer Meinung nach geht es aber über Aufklärungsarbeit hinaus. Wenn illegal geerntetes Holz wegen Einfuhrverbot erst gar nicht mehr auf den Markt kommt, müssten wir auch keine Aufklärungsarbeit machen. Da sehen wir den Gesetzgeber in der Pflicht.

Eine abschließende Frage: Welche Gründe haben Rossmann letztendlich dazu bewogen, die Teakholz-Gartenmöbel vom Markt zu nehmen?

Die Zweifel, welche aufgeworfen wurden, ob die Prüfsiegel das wiedergeben, was sie versprechen.



Bei Rossmann werden solche Besuche künftig nicht mehr nötig sein. Es bleibt zu hoffen, dass auch andere Unternehmen zügig raubbauholzfrei werden.

Landrecht: Indianer brauchen langen Atem - und Geld

■ In den nächsten 3 Monaten wollen wir 3.000 EUR Spenden sammeln

Seit 12 Jahren unterstützt *Pro REGENWALD* die Indianer im brasilianischen Bundesstaat Roraima in ihrem Kampf um die Anerkennung ihres traditionellen Lebensraumes. Laszló Maráz folgte als einer von drei internationalen Beobachtern im Februar der Einladung des Indianerrates von Roraima (CIR) und nahm an dessen Jahresversammlung teil:



"Mein erster Besuch im Indianergebiet Raposa/Serra do Sol wäre fast an den Gegnern der Indianer gescheitert. Diese hatten eine Straßenblockade errichtet, um Vertreter ausländischer Unterstützerorganisationen vom Indianergebiet fernzuhalten. Sie

zwangen uns zur Umkehr, doch nach einigen Stunden organisierten die Gastgeber ein Kleinflugzeug, mit dem ich zur Versammlung nach Maturuca gebracht wurde, einem Indianerdorf an der Grenze zu Guayana (siehe News-Letter Nr. 9).

Unter dem Motto 'Terra Livre: Vida e Esperança' ('Freies Land: Leben und Hoffnung') hatten sich über 1.300 TeilnehmerInnen versammelt - die Repräsentanten indigener Völker Roraimas und zahlreiche VertreterInnen von Regierungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen. Vier Tage und



Nächte lang wurde über Umweltthemen, Projekte zur Nachhaltigen Entwicklung, Gesundheit, Bildung,

Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, und vor allem über Landrechte und Menschenrechte diskutiert und natürlich auch gefeiert. Hauptthema war aber die Landrechtsproblematik.

Was mir darüberhinaus aufgefallen ist: Die Indianer haben in den langen Jahren ihrer Kampagne eine großartige und bewundernswerte Organisations- und Aufbauarbeit geleistet. Die Pflege ihrer Traditionen, Produktion von Nahrungsmitteln, zweisprachiger Schulunterricht, Ausbildung von Fachkräften und der Aufbau eines Gesundheitssystems machen große Fortschritte. Der Indianerrat Roraimas (CIR) vertritt ihre Anlie-

gen gegenüber der Regierung Brasiliens, zahlreichen Behörden und in der Öffentlichkeit. Die Anwältin des CIR, Joenia Wapichana, wurde als erste indigene Anwältin Brasiliens mit dem 'Reebok 2004 Menschenrechtspreis' ausgezeichnet.

Die Diskussion über die Umweltprobleme beleuchtete einen bisher vom Landrechtskampf verdrängten Bereich.

Neben der Schäden durch frühere Übernutzung der Region beklagen sich die Indianer vor allen Dingen über die Reisfarmer. Diese zerstören mitten im Indianergebiet Feuchtgebiete



Brandgerodet

und vergiften mit Agrargiften das Trinkwasser und die Flüsse. Von der anwesenden Vertreterin des Umweltministeriums erfuhren die entrüsteten Indianer, dass die Reisfarmer die Erlaubnis der regionalen Umweltbehörde Roraimas hätten - obwohl dafür eigentlich die Bundesumweltbehörde zuständig ist..

Diese Sachfrage steht exemplarisch für den Kompetenzwirrwarr, mit dem sich die KollegInnen vom CIR auseinander setzen müssen. Nach ihrer Auffassung gehört das Indianergebiet seit seiner Demarkierung (Fachbegriff für die Grenzfeststellung, die vor über zwei Jahren erfolgte) dem Staat Brasilien, daher wäre allein die Bundesumweltbehörde für solche Genehmigungen zuständig. Goldsucher, Reisfarmer und Viehzüchter und die Politiker des Bundesstaates hingegen versuchen, den Bundesbehörden Kompetenz streitig zu machen.

Der herzliche Empfang, die Führungen durch das Dorf, die Besichtigung von Anbauflächen und der Umgebung und die zahlreichen Gespräche haben mein Verständnis der Situation verbessert. Neu war mir beispielsweise, dass ein großer Teil des Gebietes durch frühere Rodungen der Viehzüchter stark degradiert ist und dadurch Bau- und Brennholz fehlt. Für den Schutz des Trinkwassers, des Bodens und der Artenvielfalt wird es unerlässlich sein, viele Gebiete wieder zu renaturieren - Aufgaben, die man angehen will, sobald der

Landrechtskampf ausgestanden ist."

Neueste Entwicklung: Indianer richten Kontrollposten ein

Nachdem in Raposa/Serra do Sol wieder illegale Goldsucher entdeckt wurden, haben die Indianer an einer strategisch wichtigen Stelle einen Kontrollposten errichtet. Dort werden sämtliche Fahrzeuge kontrolliert, auch die Lastwagen des Militärs. Formelle Grundlage dieser 'Selbstjustiz' ist die Tatsache, dass der Verkauf alkoholischer Getränke in Indianergebieten verboten ist, ebenso wie die Suche nach Gold und Diamanten. Hintergrund für die strenge Auslegung des Alkoholverbots in der Region Raposa/Serra do Sol ist die Tatsache, daß Alkohol über lange Jahre ein Mittel war, die indianische Bevölkerung schwach zu machen und sie zu versklaven. Deshalb verzichteten sie in der Region seit über 26 Jahren auf den Konsum alkoholischer Getränke.



Fisch und Schnapps in Eis

Nach nur wenigen Tagen hatten die knapp einhundert Indianer am Kontrollposten mehrere Ladungen mit alkoholischen Getränken und Goldsucherausrüstungen beschlagnahmt.

Pro REGENWALD unterstützt diesen Kontrollposten finanziell. Die Gelder zur Finanzierung der Lebensmittel und Transportkosten sind an dem strategischen Punkt sehr gut angelegt. Wir bitten um weitere Spenden: für die nächsten drei Monate sollen 3.000 EUR dafür eingesetzt werden.

Bei der Zusammenarbeit zwischen *Pro REGENWALD* und den Indianern des Gebietes steht immer noch der Landrechtskampf im Vordergrund - solange bis die Anerkennung des Indianergebietes abgeschlossen ist. In Zukunft soll Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf der Renaturierung der zerstörten Gebiete und der Einführung einer nachhaltigen Nutzung der Region liegen.

Zweckgebundene Spenden bitte unter dem Stichwort 'Landrecht, Raposa' überweisen. Bis zum Jahresende werden 3.000 EUR benötigt.

Aktion: Ein Kugelschreiber für den Präsidenten!

■ Solidaritätsarbeit für Menschenrechte und Waldschutz hilft vor Ort

Manche meinen, man könnte aus Deutschland nichts oder nur wenig für Indianer in Brasilien tun. Der CIR (Indianerrat, die politische Vertretung des Indianergebietes Raposa/Serra do Sol) ist ganz anderer Meinung. Ohne die Unterstützung aus dem Ausland wäre ihre Arbeit im eigenen Land weniger beachtet und nur eingeschränkt möglich. Deshalb läßt sich Pro REGENWALD in enger Abstimmung mit dem CIR oder anderen Organisationen vor Ort immer wieder neue Aktionsformen einfallen und hofft weiterhin auf aktive Teilnahme und Spenden zur Unterstützung dieser Initiativen.

Zur Ausgangssituation: Vor gut zwei Jahren waren die umfangreichen Vorarbeiten für die Landrechtsvergabe des Indianergebietes Raposa/Serra do Sol soweit abgeschlossen, daß nur noch eine Unterschrift des brasilianischen Präsidenten fehlte. Diese Unterschrift ist bis heute nicht geleistet - wobei verschiedenste 'Hinderungsgründe' genannt werden: Interessenskonflikte und Gerichtsverfahren mit aufschiebender Wirkung sind die wichtigsten.

Ein Kugelschreiber für den Präsidenten - Am fehlenden Stift soll's nicht liegen

Gut ein Jahr schon waren alle rechtlichen Voraussetzungen für die endgültige Anerkennung des Indianergebietes erfüllt und die Indianer in Roraima warteten nur noch auf die Unterschrift des Präsidenten Luis Inácio Lula da Silva. Niemand konnte sich erklären, warum dieser das Dekret nicht unterzeichnete. Hatte er etwa keinen passenden Kugelschreiber?

Damit der jahrzehntelange Kampf der Indianer nicht ausgerechnet am Mangel an geeignetem Schreibgerät scheitern sollte, regten die CIR-Vertreter an, dem Präsidenten auch aus dem Ausland Kugelschreiber zu schicken. Um zu vermeiden, daß Lula mit den Stiften versehentlich ein anderes Dekret unterschrieb - schließlich warten auf den Präsidenten zahlreiche andere unerledigte Hausaufgaben - sollten wir einen farbigen Aufkleber produzieren. Dieser hatte dann das Motto: "Assine Já" (jetzt unterschreiben), und "Homologação de Raposa/Serra do Sol em área contínua" (Homologation von Raposa/Serra do Sol im Ganzen).

Die Botschaft Brasiliens in Berlin wurde mit Kugelschreibern, Briefen und Postkarten überflutet. Dort war man mit der Situation offensichtlich überfordert, zumal wir ein besonders großes Exem-

plar des Schreibgerätes, einen 2,25 Meter großen Kugelschreiber persönlich zur Botschaft nach Berlin brachten. Aus 'Platzmangel' und 'weil der Transport nach Brasilien so teuer sei', verweigerte man die Annahme des Geschenkes. Immerhin sicherte man uns zu, daß die kleinen Kugelschreiber in Brasilien an bedürftige Schulen weitergeleitet würden. Vorsorglich schickten wir Fotos von der Aktion an die Regierung Brasiliens. Der Indianerrat von Roraima (CIR) fand die Aktion sehr hilfreich und stellte die Bilder von der Berliner Aktion auf seine Website www.cir.org.br.

Lobbytermin bei der Botschaft von Brasilien in Berlin

Unsere Bitte nach einem Termin mit dem Botschafter von Brasilien wurde abgelehnt. Statt dessen empfing der Menschenrechtsbeauftragte der Botschaft Brasiliens, Daniel Falcon Lins, Pro REGENWALD zu einem Gespräch über die aktuelle Lage im Indianergebiet. Wir erläuterten ihm die angespannte Situation anhand von Fotos und einer detaillierten Karte.

Bedenken, die Anerkennung des Indianergebietes könnte zahlreiche Familien von Nicht-Indianern ins Unglück stürzen, konnten wir zerstreuen. Den Betroffenen, die seit langer Zeit dort wohnen, stehen Entschädigungszahlungen und ausreichend Land zur Verfügung. Dies hatte auch Brasiliens Landwirtschaftsminister versichert. Insgesamt handelt es sich um etwa 660 Personen. Illegale Landbesetzer allerdings müssen mit der Ausweisung rechnen, ebenso wie Goldsucher, die immer wieder vereinzelt ins Gebiet eindringen.

Solidaritätsmail über Website

Gut 1000 UnterstützerInnen schickten im April ihre Mail an die brasilianischen Behörden, nachdem der CIR uns um verstärkte Aktivitäten gebeten hatte. Nach internen Informationen hätte es

eventuell Ende April zu einer Entscheidung kommen sollen. Aber ein weiteres Gerichtsverfahren, das höchstwahrscheinlich nur zur Verzögerung gestartet worden war, machte die Hoffnung auf die Entscheidung zunichte.

Spendenaufwurf für Landrechtskampagne war erfolgreich

Im April mussten wir zudem einen Spendenaufruf zugunsten der Landrechtskampagne Raposa/Serra do Sol starten. Gemeinsam mit dem in Puchheim ansässigen Verein Campo Limpo konnten wir kurzfristig die Reisekosten für mehrere Indianervertreter übernehmen, die zum 'Tag der Indianer' nach Brasilia gefahren waren, um ihre Anliegen beim Parlament und der Regierung vorzutragen. Auch die Indianerbehörde FUNAI und kirchliche Unterstützerorganisationen hatten sich an den Kosten beteiligt.

Unterschriften- und Postkartenaktionen bewirken etwas

Zahllose Unterschriften, E-mails und Postkarten haben die Verantwortlichen in Brasilien immer wieder an ihre Pflicht erinnert, die verfassungsmäßigen Rechte der Indianer zu garantieren. Die Botschaft von Brasilien ließ wissen, daß über 3.500 Postkarten eingegangen waren und nach Brasilien weitergeleitet wurden. Unsere Informationsarbeit und Solidaritätsaktionen werden auch von der Botschaft Brasiliens als legitim und als sehr wichtig bezeichnet!



Bitte mit dran bleiben:

Pro REGENWALD ist in engem Austausch mit den KollegInnen vom CIR. Sobald sich eine neue Situation ergibt, wozu wir aktiv beitragen können oder sollen, werden wir informiert. Aktuelle Infos gibt es dann per Email oder über <http://www.wald.org/raposa>.

FLEGT wirkungslos: Handel mit Raubbau-Holz blüht

■ Bundesregierung nicht energisch genug und Holzhandel sitzt Problem aus

Wenn es um den Kauf von Produkten aus Tropenholz geht, ist guter Rat teuer. Die Verbraucher erhalten meist nur Beschwichtigungen der Verkäufer, alles sei in bester Ordnung weil das Holz aus Plantagen komme, oder irreführende "Zertifikate" der Zulieferer aus dem Holzhandel. Wer schlauer ist, wendet sich an Verbände wie Pro REGENWALD, deren Kapazitäten allerdings nicht ausreichen, um eine flächendeckende Beratung zu gewährleisten.

Beim für diese Fragen zuständigen Bundesverbraucherschutzministerium (BMVEL) brauchen die KundInnen erst gar nicht anzufragen. Wir haben es selbst versucht und für eine Bauherrin nach der Glaubwürdigkeit eines Schein-Zertifikates für Holzfenster angefragt. Doch bis eine brauchbare Antwort vom BMVEL eintrifft (wenn überhaupt), dürfte das Haus längst fertig sein.

Immer noch keine gesetzliche Grundlage geschaffen

Derweil reiben sich die Holzändler die Hände: das Geschäft mit der Hehlerware läuft glänzend, denn sogar der Import und Verkauf von gestohlenen Hölzern

bleibt in der Europäischen Union straffrei. Die EU hat nämlich bis heute keine gesetzlichen Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen die Mitgliedsstaaten den Schmuggel wirksam bekämpfen könnten. Die Bundesregierung scheint sich zwar ernsthaft darum zu bemühen, gesetzliche Maßnahmen wenigstens prüfen zu lassen. Doch blieben diese Anstrengungen bislang erfolglos.

Die Amtsmühlen mahlen zu langsam

Aus diesem Grunde haben zahlreiche Umweltverbände die Verbraucherschutzministerin Renate Künast und Umweltminister Jürgen Trittin aufgefordert, von der EU eine zügige Vorlage eines Gesetzesentwurfes einzufordern. Ministerin Künast hatte im Herbst ihre Entschlossenheit bekräftigt, notfalls mit

nationalen Maßnahmen den Import von Holz aus illegalen Quellen eindämmen zu wollen.

Geldwäschegesetz könnte heute schon helfen, doch ...

Eine Prüfung des BMVEL kam zum Ergebnis, daß der Handel mit gestohlenen Hölzern schon heute im Rahmen des Geldwäschegesetzes strafrechtlich verfolgt werden könnte. Ein Mitarbeiter des BMVEL: "Wer mit illegalem Holz handelt, steht praktisch mit einem Bein im Gefängnis". Bisher wurde allerdings noch keiner der Täter verfolgt, sodaß abzuwarten ist, inwieweit das Geldwäschegesetz sich zur Bekämpfung des illegalen Holzhandels eignen wird.

Das Bundesumweltministerium (BMU) wiederum arbeitet zur Zeit an einem 'Urwaldschutzgesetz', das den Import von und Handel mit gestohlenen Hölzern aus Urwäldern gesetzlich verbieten will. Auch der Deutsche Bundestag hat im September weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Handels mit illegalen Holzprodukten eingefordert.

Holzhandelsverbände sitzen Problem aus - keine Aktion sichtbar

Der Gesamtverband Deutscher Holzhandel hatte sich im September 2003 gegen gesetzliche Verbote ausgesprochen und stattdessen versprochen, das Problem mit freiwilligen Selbstverpflichtung anzugehen. Peinlich: Obwohl das BMVEL seit Monaten entsprechende Beratungen beim Holzhandelsverband moderiert, hat der Holzhandel bislang nicht einmal eine Selbstverpflichtung entworfen. Umweltverbände darunter Pro REGENWALD haben zwar früher auf die Untauglichkeit solcher freiwilligen Maßnahmen hingewiesen. Dennoch würden die Holzändler mit einem solchen Schritt wenigstens den guten Willen zeigen und selbst auf das Problem hinweisen.

Auch andere Verbände des Holzhandels und der Forstwirtschaft haben bisher nicht einmal ihre KundInnen über das Problem informiert. Stattdessen werden immer neue Schein-Zertifikate auf den Markt geworfen, um den Einzelhandel und die Verbraucher zu täuschen. Hauptsache das Geschäft läuft. Beschämend ist auch das Verhalten der Verbände der

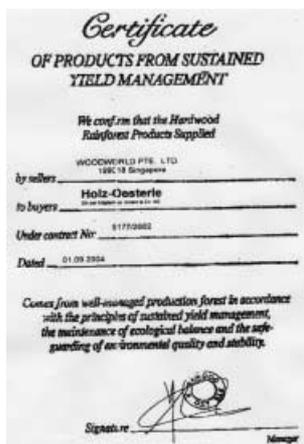
öffentlichen und insbesondere der privaten Waldbesitzer, deren Mitglieder seit Jahren unter unangemessen niedrigen Holzpreisen leiden (siehe auch Beitrag zur Forstreform Bayern auf Seite 9). Während die Holzpreise auch wegen der Billigimporte von (teilweise illegalem) Raubbau-Holz unter Druck geraten, hört man von der Holz- und Forstpartie lediglich die Forderung nach mehr Holzverbrauch. Nicht einmal ihre eigenen Mitglieder und Geschäftskunden werden über die illegalen Holzimporte informiert und dazu aufgefordert, solche Produkte zu meiden.

Das Verbraucherschutzministerium ist - trotz einiger lobenswerter Aktivitäten - ebenfalls zu tadeln. Auf der Internetseite des BMVEL wird zwar allgemein über das Problem des illegalen Holzhandels informiert. Konkrete Hinweise darauf, wie man seriöse Anbieter und Zertifikate von unseriösen unterscheiden kann, fehlen ebenso wie ein Hinweis oder Aufruf an die KonsumentInnen, Hölzer unbekannter Herkunft zu meiden.

Aber nicht nur die KonsumentInnen werden 'im Regen stehen gelassen': Auch der Einzelhandel, der ja eine Multiplikatorfunktion hat, wurde bisher nicht gezielt über die Problematik informiert. Pro REGENWALD hat darum das BMVEL gebeten, diesen Mangel unverzüglich zu beheben und seinen Auftrag, nämlich die Verbraucher vor unseriösen Anbietern zu schützen, nicht weiter zu vernachlässigen.

Als beispielhaft könnte hier die Informationspolitik des BMVEL zum Thema Ernährung, Gesundheit und Ökologische Landwirtschaft genannt werden. Es wäre schon viel getan, wenn wenigstens die Verantwortlichen aus dem Groß- und Einzelhandel gut informiert würden. Viele Produkte aus (illegalem) Raubbau-Holz kämen so nicht einmal in die Regale, was durch die Reaktion einiger Unternehmen auf entsprechende Aktionen und Aufklärungsarbeit von Pro REGENWALD und anderen Umweltverbänden belegt wird (siehe Interview auf Seite 5).

Zusätzliche Informationen und aktuelle Entwicklungen können nachgelesen werden auf: www.wald.org/was_tun.



Völlig nichts-sagendes Zertifikat, wie sie üblicherweise vorgelegt werden.

Wald in Bayern soll jetzt bessere Holzfabrik werden

■ Forstreform: Kurzsichtige Zahlenschieberei auf Kosten unserer Wälder

Den Wäldern in Bayern droht Gefahr: Die Staatsregierung plant die Änderung der Forstgesetzes und eine massive Umstrukturierung der zuständigen Verwaltung, kurz eine Forstreform. Reformen müssen nicht grundsätzlich schlecht sein. Doch was die Bayerische Staatsregierung in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens - wie der Sozialpolitik - vorgegeben hat, lässt Schlimmes ahnen. Ministerpräsident Stoiber scheint von einer letzten großen Vision geplagt zu sein: als der Politiker in die Geschichte einzugehen, der einen ausgeglichenen Staatshaushalt wieder eingeführt hat. Diesem Ziel wird alles mögliche geopfert und jetzt soll es dem Wald an den Kragen gehen. Wir unterstellen dem Ministerpräsidenten, dass er falsch rechnet und für seine Eitelkeit anderen, vor allen Dingen den Kommunen und privaten Waldbesitzern, zusätzliche Kosten aufbürdet. Dem Wald drohen wegen dieser sinnlosen Umverteilung massive Qualitätsverluste.

Die Bayerische Staatsregierung bereitet mit der geplanten Forstreform den Ausverkauf des Staatswaldes vor. Im ersten Schritt soll die Bayerische Staatsforstverwaltung in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Diese soll den Wald, der dem Land Bayern gehört und somit Eigentum aller Bürger ist, gewinnorientiert bewirtschaften. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, Geld zu sparen. In Wirklichkeit werden aber nur die Kosten verlagert. Man will etwa eintausend Stellen streichen und Kommunen sollen für die Betreuung ihrer Wälder viel mehr Geld bezahlen. Die Forstreform gefährdet die vorbildliche Bewirtschaftung des öffentlichen Waldes und damit die Erfüllung seiner Gemeinwohlfunktionen wie den Schutz des Trinkwassers, Lärmschutz, Hochwasserschutz, Erholung, den Schutz der Artenvielfalt und die Schutzfähigkeit des Bergwaldes.

Gegen diese Pläne macht das überparteiliche Wald-Bündnis-Bayern mobil. Angeführt vom Bund Naturschutz in Bayern beteiligen sich über 50 Verbände und Kommunen am Volksbegehren 'Aus Liebe zum Wald'. Pro REGENWALD unterstützt das Volksbegehren und ruft alle Wahlberechtigten in Bayern dazu auf, sich zwischen dem 16. und 29. November 2004 in ihren Rathäusern oder Meldestellen für das Volksbegehren einzutragen.

Stoiber will das Rad mit Gewalt zurückdrehen

Wir müssen verhindern, dass in Bayern Zustände eingeführt werden wie wir sie aus einigen Entwicklungsländern kennen. Demokratie und Mitbestimmung

im Wald, die erst vor wenigen Jahren durch das 'Waldprogramm Bayern' (siehe News-Letter Nr.18) gefördert wurden, werden mit der Forstreform endgültig abgeschafft. Im Waldprogramm Bayern hatten zahlreiche Interessengruppen aus Waldbesitz, Behörden, Forstsektor und Umweltverbänden über die zukünftige Waldpolitik beraten. Kaum hatte die Staatsregierung ihre Entscheidung zur Zerschlagung der Staatsforstverwaltung getroffen, war das Waldprogramm Bayern vom Tisch. Zur Zeit dürfen die staatlichen Förster in der Öffentlichkeit nicht einmal mehr über die Forstreform sprechen - Maulkorberlass wie zu früheren Zeiten beim Thema Waldsterben.

Was sich bei Regenwäldern als problematisch gezeigt hat, droht nach der Forstreform auch dem bayerischen Wald: die Reduzierung auf die Rolle als Holzlieferant. Schon bisher kommt die Staatsforstverwaltung ihrer Verpflichtung, den Wald der Bürger vorbildlich und zur Erhaltung all seiner Funktionen zu bewirtschaften, nicht ausreichend nach. Dieser Trend würde sich verstärken. Um zum ausgeglichenen Haushalt beizutragen, wurden beispielsweise in den vergangenen Jahren schon mehr Holz eingeschlagen und 30 Prozent des Personals entlassen. Finanziell gebracht hat es wenig - dafür gibt es im Wald jetzt noch weniger alte Bäume.

Ein Erfolg des Volksbegehrens würde den Bürgern die Chance erhalten, dass die Waldbewirtschaftung nicht nur dem Diktat unterworfen wird, möglichst viel aus der Holzernte zu erlösen. Erfolgversprechende Ansätze gibt es bereits.

Gegen Privatisierung in Salami-taktik

Die Staatsregierung will das Bayerische Waldgesetz ändern und läßt die BürgerInnen über die Auswirkungen im Unklaren. Der zuständige Forstminister Josef Miller bemüht sich zwar nach Kräften, die Öffentlichkeit über die Folgen der Änderung zu beschwichtigen. Vorgesehen sei, den Staatswald weiterhin in "öffentlich-rechtlicher Verantwortung" zu bewirtschaften. Das klingt gut, täuscht aber die Bürger. Denn die neue Anstalt öffentlichen Rechts, die "Bayerische Staatsforsten" könnte in einem nächsten Schritt ohne weitere Änderung des Waldgesetzes - also ohne Mitwirkung und Kontrolle des Parlaments - in eine GmbH oder in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden.

Das Volksbegehren fordert im Gegensatz dazu, den Staatswald als Bürgerwald 'in seinem Flächenbestand in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft' zu erhalten und somit eine Privatisierung und den Verkauf von Teilflächen zu verhindern bzw. zu minimieren.

Gemeinwohlfunktionen in Gefahr

Der Wald dient nicht nur der Produktion von Holz oder als Kulisse für die Trophäenjagd. Er ist unersetzbar für die Erholung der Bürger, den Lärmschutz, er sorgt für sauberes Trinkwasser, frische Luft, Schutz vor Hochwasser, Lawinen und Erdbeben und ist Lebens-



Wo der Wald fehlt oder geschwächt ist, werden mit hohem finanziellem Aufwand Verbauungen angebracht. Sie müssen Schutzfunktionen übernehmen, die früher der Wald gratis bereitstellte.

raum für den größten Teil der heimischen Pflanzen- und Tierarten. Der volkswirtschaftliche Wert all dieser Funktionen entspricht dem Vielfachen der Wertschöpfung aus der Holznutzung in den

rentabelsten Forstbetrieben. Eine Leistungsbilanz für die Bewirtschaftung des 320.000 Hektar großen Staatswaldes in Hessen ermittelte im Jahre 1994 einen jährlichen Gesamtnutzen von etwa 600 Millionen Euro. Davon entfielen 19 Prozent allein auf den Wasserschutz, der Wert der Holzproduktion machte nur 13 Prozent des Gesamtwertes aus. Demnach kann die Stadt Wiesbaden durch die Nutzung von qualitativ hochwertigem Trinkwasser aus dem Wald jährlich 500.000 Euro einsparen, denn um so viel teurer ist die Aufbereitung der gleichen Menge Trinkwasser aus dem Rhein-Uferfiltrat.

Lässt Stoiber bewußt falsch rechnen?

Überträgt man die Ergebnisse aus Hessen auf den 770.000 Hektar großen Staatswald in Bayern, läge der Gesamtwert seiner Gemeinwohlleistungen bei über 1,5 Milliarden Euro. Dem gegenüber stehen Einnahmen (und auch Ausgaben) aus der Holzbewirtschaftung in Höhe von 238 Mio. Euro (1997), die das forstliche Betriebsergebnis des Staatswaldes ausmachen. Der Staatswald, der von der Staatsregierung als Zuschußbetrieb dargestellt wird, ist in Wirklichkeit eines der - für die Gesellschaft - profitabelsten Geschäfte. Für Politiker, die durch den Verkauf von Allgemeingut kurzfristig Haushaltslöcher stopfen (wollen), zählen solche Argumente nicht.

Im Widerspruch zum derzeitigen Waldgesetz agieren wollen

Die geplante bevorzugte Ausrichtung auf die Holznutzung widerspricht den Vorgaben des heutigen Waldgesetzes, nach dem der öffentliche Wald besonders vorbildlich zu bewirtschaften und die Erfüllung aller Waldfunktionen zu sichern ist. Um trotz niedriger Holzpreise Gewinne zu erwirtschaften, wird das neue Unternehmen mehr Holz einschlagen, wodurch vor allem die alten, wertvollen Bäume bedroht sind.

Sollte die zukünftige 'Bayerische Staatsforsten' dann rote Zahlen schreiben, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird wie bisher der Staat (sprich: Steuerzahler) zur Kasse gebeten, oder wertvolle Waldgebiete werden verkauft. Interessenten aus Kreisen der Jägerschaft und Holzindustrie warten schon darauf.

Für die notdürftige Sicherung der Gemeinwohlfunktionen wird der Steuerzahler auch in Zukunft aufkommen, doch dürften dann die Fördergelder etwa für den Umbau von Fichtenplantagen in Mischwälder nur noch fließen, wenn genug Geld in der Haushaltskasse ist.

Verlustreduzierung in der Staatskasse auf Kosten der Kommunen

Im Körperschaftswald (Kommunal-, Kirchen- und Stiftungswald) stehen die Gemeinwohlfunktionen an erster Stelle. Zum Ausgleich dafür übernimmt der Staat bisher die Kosten für die Beratung zur Bewirtschaftung der Körperschaftswälder unter 50 Hektar Fläche - das soll sich ändern. Auch die größeren Kommunalwälder werden künftig mehr zahlen müssen: Die staatliche Forstverwaltung will die Bewirtschaftung dieser Wälder nur noch gegen volle Kostenübernahme weiterführen. Was dann in der Bilanz der "Bayerischen Staatsforsten" als Einnahme verbucht wird, geht zu Lasten der BürgerInnen der Gemeinden.

Der Fall der Gemeinde Aubstadt im Landkreis Rhön-Grabfeld zeigt, dass solche Befürchtungen berechtigt sind: Bayerns Finanzminister Falthausen zwang die Forstverwaltung dazu, die Gebühr für die 'staatliche Beförderung' des 60 Hektar großen Gemeindewaldes von 250 Euro/Jahr auf 1.312 Euro/Jahr zu erhöhen! Forstminister Miller verdeutlicht, worauf es der Staatsregierung ankommt: 'Mit dem neuen Waldgesetz wird eindeutig die Eigenverantwortung der Kommunen gegenüber ihrem Eigentum gestärkt. Dabei bleibt die Pflicht zur vorbildlichen Bewirtschaftung selbstverständlich erhalten.' Eigenverantwortung heißt künftig: Übernahme der Kosten.

Kein Wunder, daß immer mehr Kommunen das Volksbegehren unterstützen. Beispiele sind Augsburg, Bad Staffelstein, Fürth, Lohr, München und Schwabach.

Förster auf der Roten Liste?

Beschämend für die Staatsregierung ist auch die Äußerung von Forstminister Miller, er wolle "teure Bürokratie abbauen". Seit 1993 wurden 30 Prozent der Stellen in der Forstverwaltung "eingespart". Damit müssen Bayerns Förster schon heute bundesweit die größten

Waldflächen beaufsichtigen. Trotzdem will man weitere 15-20 Prozent des Personals "sozialverträglich" einsparen. Die 128 Forstämter sollen aufgelöst werden und nur noch wenige Förster werden dann im Wald arbeiten. Geplant ist die Vernichtung von etwa 1.000 Arbeitsplätzen. Sollte die Forstreform tatsächlich kommen, könnten Förster und Waldarbeiter zur bedrohten Spezies werden, die nur noch in Fernsehserien vorkommen.

Hobbyjagd zu Lasten von Wald und Bürger

In den Rechenspielen der Staatsregierung fehlt eine weitere wichtige Kenngröße: Die Millionenschäden, die jährlich durch überhöhte Schalenwildbestände (Rehe, Hirsche, Gamsen) verursacht werden.

Vor allem der Umbau der sturmanfälligen Nadelholzplantagen in naturnahe Mischwälder scheitert an den zu hohen Wilddichten: das Wild frißt mit Vorliebe Laubbäume. Darum müssen teure Zäune gebaut und Laubbäume einzeln gepflanzt werden, was Unmengen an Geld kostet und die ohnehin klammen Forstbetriebe in den Ruin treibt.

Schlimmer noch sind die Folgen im Schutzwald. Ist dieser durch Wildverbiss und Luftschadstoffe geschädigt oder gar



Gelegentlich beschleunigt der Sturmwind den Umbau, doch wer will diese Methode freiwillig flächendeckend einsetzen?

zerstört, müssen seine Schutzfunktionen durch technische Bauten ersetzt werden. Stahlträger, Betonfundamente und Drahtgitter zieren so manchen Berghang in den Alpen, damit unten im Tal die Einwohner und Urlauber sicher sind. Das kostet oft mehr als eine Million Euro pro Hektar!

Mit der geplanten Änderung des Waldgesetzes sollen die "sonstigen Belange der Jagd" bei der Bewirtschaftung des Waldes berücksichtigt werden. Damit

würden zum ersten Mal Jagdinteressen im Waldgesetz festgeschrieben. Gefährdet wäre hierdurch nicht nur die kostengünstige Erfüllung der Gemeinwohl-funktionen im Staatswald, sondern alle Forstbetriebe, die mit noch höheren Pflegekosten und Verlusten beim Holzverkauf belastet werden.

Über solche Kosten wird mit Rücksicht auf die Jagdlobby kaum berichtet. **Pro REGENWALD** hat das Forstministerium um Informationen zur Höhe der Wildschäden gebeten - eine Antwort erhielten wir nicht. In Bayern wird zu viel Wild im Wald geduldet, damit passionierte Honoratioren und Trophäenjäger nicht allzu lange auf dem Hochsitz frieren müssen, um Beute zu machen. Den Schaden tragen alle Waldbesitzer und die Gesellschaft.

Stimmenkauf beim Waldbesitzer-verband

Unter der geplanten Forstreform werden auch die Eigentümer von Kleinprivatwald leiden. Nach einer kurzen Übergangszeit verlieren auch sie die kostengünstige und fachkundige Beratung durch die staatlichen Förster. Weil diese Forstreform für viel Unmut sorgte, hat die Staatsregierung den Forstwirtschaftlichen Vereinigungen für die kommenden zwei Jahre Zuschüsse in Höhe von je 2,2 Millionen Euro versprochen. Damit sollen sie die Beratung der privaten Waldbesitzer bezahlen. Die Regierung hat auf diese Weise den Widerstand der Vorsitzenden der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen gegen die Forstreform gebrochen. Stimmenkauf zum Billigtarif - wobei noch offen ist, ob das EU-Wirtschaftskommissariat diese Subvention dulden würde.

Nur das Volksbegehren kann das Schlimmste verhindern

Die angeführten Beispiele zeigen, dass die Staatsregierung mit dem Wald der Bürger umspringt, als wäre er Eigentum der Regierung. Die Bürger Bayerns haben (noch) das Recht und die Pflicht, sich für den Schutz ihres Waldes einzusetzen. Daneben ist es natürlich klar, dass jede vernünftige Möglichkeit zur Einsparung auch im Bürgerwald genutzt werden muss. Würden sämtliche Funktionen mit den anfallenden Kosten und Einnahmen seriös ermittelt und veröf-

fentlicht, bräuchten sich die Bürger über "Defizite" im Staatsforst nicht zu grämen. Sie betragen selbst bei der mangelhaften Bilanzierung, die derzeit nur den Holzwert berücksichtigt, durchschnittlich wenige Euro pro Hektar und Jahr.

Perspektiven

Möglicherweise brauchen wir sogar mehr Förster, Waldarbeiter und Berufsjäger um den notwendigen ökologischen Umbau unserer Wälder zu vollziehen.

Gerade der letzte 'Waldzustandsbericht' mit der bislang höchsten Schädigung hat gezeigt, wie sehr der Wald durch die Klimaveränderung belastet wird. Deshalb ist es wichtiger denn je, naturnahe Wälder zu fördern und damit auch einen wertvollen Lebens- und Erholungsraum für Menschen und viele Tier- und Pflanzenarten.

Nur ein erfolgreiches Volksbegehren erhält uns die Chance, eine objektive Analyse des Zustandes und der Probleme unserer Wälder einzufordern. Dazu gehört eine Leistungsbilanz Wald, die den Wert sämtlicher Gemeinwohlleistungen des Bürgerwaldes ermittelt, sowie die Ermittlung der Millionenschäden, die durch die überhöhten Wildbestände am Wald angerichtet werden. Für den Fall,

dass der Vergleichswert von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr ermittelt würde, läge der Gewinn (abzüglich der Kosten) pro Hektar Wald bei fast 2.000 Euro pro Jahr. Ein profitableres Geschäft als die naturnahe Waldnutzung gibt es kaum, und ganz nebenbei liefert der Wald auch noch den wertvollen, nachwachsenden Rohstoff Holz, durch dessen Verarbeitung gerade im ländlichen Raum zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden.

Machen auch Sie mit!

Um die Forstreform zu verhindern, müssen mindestens 920.000 Wahlberechtigte in Bayern zwischen dem 16. und 29.11.2004 das Volksbegehren unterschreiben. Informieren Sie sich, gehen Sie in Ihr Rathaus oder ihre Meldestelle und tragen Sie sich in die Listen ein. Informieren Sie auch Familie, Freunde, Arbeits- und Vereinskollegen und werben Sie für die Unterstützung des Volksbegehrens 'Aus Liebe zum Wald'. Es geht auch um unser Trinkwasser, unsere saubere Luft, um unseren Wald! **Weitere Infos: www.volksbegehren-wald.de**

Der Bericht: 'Nutzen des Waldes für die Gesellschaft - Leistungen der Waldbewirtschaftung in Hessen', (1995), 41 Seiten, kann bei **Pro REGENWALD** bestellt werden (Schutzgebühr 5 EUR).



Hinterlassen Sie zukünftigen Generationen intakte Wälder.

Fragen Sie uns.

Auf Ihr Erbe kommt es an.

Pro REGENWALD
 Frohschammerstr. 14
 80807 München
 Tel.: 089-359 8650
www.pro-regenwald.org

Märchen vom Recycling-Heft

Vor langer Zeit, da lebten in deutschen Schreibwarenläden noch große Populationen an Recyclingheften. Obwohl sie schon immer ein bisschen belächelt wurden, hatten es diese Hefte geschafft, sich ihren Platz in den Verkaufsregalen zu erkämpfen. Denn obwohl sie grau und unscheinbar erschienen, hatten diese Hefte Qualitäten, von denen die Frischfaserhefte nur träumen konnten.

Sämtliche Wälder waren auf ihrer Seite, denn anders als bei den Frischfaserheften musste bei der Geburt eines Recyclingheftes kein einziger Baum sterben. Auch alle Flüsse, Bäche, Seen und Meere dieser Welt unterstützten die Recyclinghefte im Kampf um den Platz in den Regalen, denn die Recyclinghefte gingen viel sorgsamer mit ihnen um. Mit Entstehung jedes Frischfaserheftes wurden all diese Gewässer mit 10x mehr Abwasser verschmutzt, als bei der Herstellung eines Recyclingheftes. Wenn es nach den Wäldern und Gewässern dieser Erde gegangen wäre, hätte es eigentlich gar keine Schulhefte geben müssen, aber sie waren schon froh, dass mit Vermehrung der Gruppe der Recyclinghefte die Zerstörung der Natur zumindest ein wenig verlangsamt wurde.

So lebten die Recyclinghefte einige Jahre gefahrlos in den Schreibwarengeschäften und Papierabteilungen und mit ihnen freute sich die Natur über die wachsenden Zahl aus ihren Reihen, die verkauft wurden.

Die Frischfaserhefte dagegen bekamen es allmählich mit der Angst zu tun. Sie wussten, dass sie an der Abholzung immer größerer Waldbestände auf der ganzen Welt schuld waren. Ihnen war auch bewusst, dass sie deutlich mehr Energie und Wasser verbrauchten als die Recyclinghefte. Und dennoch glaubten sie etwas Besseres zu sein: "Ist doch ganz klar, dass wir die eigentlichen Herren der Verkaufsregale sind. Nur wir sind schließlich strahlend weiß."

Solche und ähnliche Sätze konnte man hören, wenn man sein Ohr ganz dicht an die Frischfaserhefte legte. "Wir müssen diese scheußlichen grauen Dinger endlich vertreiben!" Und bevor die Recyclinghefte etwas mitbekommen konnten, hatten sich die Frischfaserhefte mit den Papierherstellern und der Holzindustrie zusammengetan und beschlossen gemeinsam die Ausrottung aller Recyclinghefte.

Mit Sätzen wie "Die sind viel zu grau und hässlich! Auf denen kann man gar nicht schreiben" diskriminierten sie die armen Recyclinghefte. Sie gingen sogar so weit zu behaupteten: "Wir sind genauso umweltfreundlich wie die Recyclinghefte!"

Die Wälder trauten ihren Ohren nicht, sämtliche Gewässer waren empört. Auch die Böden und die Luft staunten über diese Frechheit. Sie alle wussten, dass das nicht stimmte und verzweifelt fragten sie die Recyclinghefte: "Was macht ihr falsch? Wieso kaufen euch die Menschen nicht mehr."

Leider wussten die Recyclinghefte das auch nicht so genau. "Wahrscheinlich müssen wir schöner werden, damit uns die Menschen wieder wollen. Die Natur scheint ihnen ja egal zu sein." Und so gaben sie sich die größte Mühe, besser auszusehen, sie wurden heller, ihre Oberfläche wurde glatter, für ihre Umschläge verwendeten sie nur noch die schönsten Motive. Aber fast niemand mehr sah das Ergebnis. Denn die Frischfaserpapiere hatten es geschafft, fast alle Recyclingpapiere aus dem Schreibhandel zu vertreiben.

Als sich eines Herbsttages im Jahre 2004 einige Schüler gemeinsam mit der Umweltorganisation Pro REGENWALD auf die Suche nach den letzten verbliebenen Recyclingheften machten, wurden sie herb enttäuscht. In fast keinem Geschäft wurden sie fündig.

Und so nahmen sich die Schüler vor, den Recyclingheften zu helfen und beschlossen, kein einziges Frischfaserheft mehr zu kaufen. Zuerst mussten sie lange suchen, bis sie Hefte fanden, die nicht aus Frischfasern bestanden, aber je häufiger sie danach fragten, um so mehr Geschäfte boten wieder Recyclinghefte an. Immer mehr Menschen hörten davon, dass nur die Recyclinghefte die Umwelt schonen und verlangten nach diesen. Allmählich konnten sie dann wieder in die Schreibwarenläden zurückkehren und mit jedem verkauften Recyclingheft freute sich die Natur ein bisschen.

Und wenn sie nicht gestorben sind, so werden die Hefte noch heute recycelt....

Schulklassen hier mitmachen

Auch wenn wir das Thema Recycling-Hefte in ein Märchen verpackt haben, die Aktion mit den Schülern fand wirklich statt. Vor Beginn des Schuljahres 2004/2005 waren wir mit Schülern in Geschäften rund um die Münchner Fußgängerzone, in denen es Schulhefte zu kaufen gibt. Und nur noch in einem großen Warenhaus haben wir das ganze Sortiment an Recyclingpapier gefunden.

Wie alle Märchen, so geht auch das Märchen vom Recycling-Heft gut aus, aber wir, die wir in der Realität leben wissen, dass Happyends sehr selten sind.

Und trotzdem hat es sich die 'Initiative 2000plus' zur Aufgabe gemacht, dieses Märchen wahr werden zu lassen. Und wir glauben daran, dass sie es schaffen können - mit eurer Hilfe!

Deswegen werden Schulklassen gesucht, die sich freiwillig verpflichten nur noch Recyclingpapier zu verwenden. Jeder Klasse, die bei der Gemeinschaftsaktion „Wir setzen Zeichen - Schulen pro Recyclingpapier“ mitmacht, wird eine Urkunde überreicht. Außerdem werden alle diese Klassen auf der Homepage der Initiative 2000plus veröffentlicht. Bis jetzt beteiligen sich schon 963 Klassen in ganz Deutschland an der Aktion.

Wollt ihr die nächsten sein?

Denn je mehr Leute es gibt, die Recyclinghefte fordern, um so eher kehren die Recyclinghefte wieder in die Schreibhandlungen zurück. Also macht mit!

Weitere Informationen zu dieser Aktion findet ihr auf der Internetseite <http://papier.wald.org> oder in dem hier dargestellten Infoblatt 'Schulmaterialien nur aus Recyclingpapier', welches bei **Pro REGENWALD** bestellt werden kann.



Willst du sicher gehen, dass nicht ich oder einer meiner Kollegen in deinem Schulheft stecken, dann kaufe Hefte aus Recyclingpapier. Sei kein Bengel, kauf den Engel!

Händlerzeichen wie dieses haben keinerlei Aussagekraft. Hier ist Waldzerstörung immer möglich!



■ **Das Letzte**

China: Turbo-Genbäume auf dem Vormarsch

Der Fortschritt macht auch vor den Bäumen nicht Halt. Vor zwei Jahren hat die Regierung Chinas den Anbau gentechnisch veränderter Bäume erlaubt. Seitdem wurden weit über eine Million gentechnisch veränderte Pappeln gepflanzt, die widerstandsfähig gegen Insektenbefall sein sollen.

Da niemand weiß, wo die Pappeln gepflanzt wurden, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie sich mit natürlichen Pappelarten kreuzen. Ungeachtet der Risiken und Folgen solcher unkontrollierten Großversuche arbeiten Forstwissenschaftler in aller Welt an neuen Turbobäumen. Papierkonzerne sind vor allem an Bäumen interessiert, deren Holz möglichst viel Zellulosefasern und wenig Lignin (Holzstoff) enthalten soll.

Pro REGENWALD wird im neuen Jahr ebenfalls zu dem Thema arbeiten. Bisher können InteressentInnen ihre Unterschrift unter ein Moratorium gegen genveränderte Bäume setzen: <http://elonmerkki.net/dyn/appeal/?lang=german>

Impressum

DER News-Letter WIRD IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN HERAUSGEGEBEN. FÖRDERMITGLIEDER UND FREUNDINNEN ERHALTEN EIN EXEMPLAR.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Hermann Edlmann, László Maráz, Verena Stockmair, Julia Wick, Enrico Bischof, Sylvia Hamberger, Simone Hörner, u.a.

Kritik, Anregungen und Rückfragen bitte an:

Pro REGENWALD
Frohschammerstr.14, 80807 München
Tel: 089-359 8650, Fax 089-359 6622
e-mail: info@pro-regenwald.de
<http://www.pro-regenwald.org>
<http://www.diewaldseite.de>

Postbank München
Konto-Nr. 1490 70-800, BLZ 70010080
Bank für Sozialwirtschaft München
Konto-Nr. 8819 500, BLZ 700 205 00

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende oder Fördermitgliedschaft

■ **Aus aller Welt**

CITES: Ramin vom Aussterben bedroht

Raminholz war noch vor einigen Jahren eines der häufigeren Tropenhölzer, aus dem vor allem Fußbodenleisten, Bilderrahmen und Saunaliegen hergestellt wurden. Wie 'nachhaltig' der Einschlag von Ramin-Bäumen ist, belegt seine Aufnahme in eine der höchsten Kategorien des Washingtoner Artenschutzabkommens (CITES). Die Raminbäume, die vor allem auf der Insel Borneo in Torf-Regenwäldern vorkamen, stehen jetzt kurz vor ihrer Ausrottung. Das gleiche Schicksal dürfte auch anderen Baumarten drohen - für die meisten wird eine spätere Aufnahme in die Rote Liste wohl zu spät kommen, denn auch sie können nur in intakten Regenwäldern überleben.

FSC: Plantagen-Prinzip wird überarbeitet

Die Zertifizierung von Holzplantagen ist eine der umstrittensten Aktivitäten des FSC. Knapp zwei Jahre nach einem Beschluss der Mitgliederversammlung, das Prinzip 10 ('Plantagen') zu überarbeiten, wurde das Ziel in Angriff genommen.

In den letzten Jahren hatten sich Proteste der Be- und Anwohner industrieller Holzplantagen vor allem in Brasilien und Südafrika gehäuft. In Brasilien sind durch die massive Ausdehnung der Eukalyptusplantagen Tausende von Siedlern und wertvolle Ökosysteme bedroht. In Südafrika wurden Hunderttausende Hektar natürlicher und artenreicher Grasavannen für die Anlage von Holzplantagen zerstört. In beiden Ländern sind einige der Plantagenbetreiber FSC-zertifiziert: In Brasilien sind dies u.a. die Firmen Klabin und Plantar, in Südafrika die Firmen Mondi und Sappi.

Die Diskussion kann verfolgt werden unter <http://www.fsc.org/plantations/>

Brasilien: Neue Indianergebiete und Sammlerreservate

Die Regierung Brasiliens sorgt hin und wieder auch für positive Nachrichten: Ende Oktober 2004 wurden 14 Indianergebieten anerkannt. Die

neuen Indianergebiete liegen alle in Amazonien und umfassen eine Fläche von über 2,3 Millionen Hektar.

Anfang November wurden im Bundesstaat Para zwei sogenannte Sammlerreservate ausgewiesen, deren Nutzung nun ausschließlich der örtlichen Bevölkerung vorbehalten ist. Neben der Kautschukzapferei und dem Sammeln von Paranüssen gibt es eine große Vielfalt an anderen Waldprodukten, deren Nutzung den Bewohnern einen erträglichen Lebensunterhalt sichert und den Regenwald weit aus weniger belastet und besser erhält, als es selbst durch schonende Holzwirtschaft möglich wäre. Die neuen Sammlerreservate sind zusammen über 2 Millionen Hektar groß. In den Gebieten war es verstärkt zu Konflikten mit illegalen Landbesetzern und Holzfällern gekommen.

Gen-Soja: 30 Prozent höherer Herbizidverbrauch!

Umwelt- und Verbraucherschützer hatten es befürchtet: Beim Anbau von gentechnisch verändertem Soja werden nicht weniger, sondern mehr Agrargifte eingesetzt. Dabei hatten die Gen-Klempner des US-Konzerns Monsanto ihre neue Schöpfung mit dem Hinweis vermarktet, der Anbau von Gen-Soja würde den Farmern wegen des geringeren Bedarfes von Agrargiften wirtschaftliche Vorteile sichern.

Untersuchungen, die der Forscher Richard Benbrook für das US-Landwirtschaftsministerium durchführte, ergaben aber, daß nach nach anfänglichen Einsparungen ab dem dritten Jahr 30 Prozent mehr des Unkrautgiftes "Roundup" eingesetzt werden mußte. Die unerwünschten 'Unkräuter' gewöhnten sich nämlich überraschend schnell an die Chemikalie des Herstellers Monsanto, so daß der Einsatz immer größerer Mengen nötig ist. Damit dürften sich nicht nur die Kosten für die Farmer erhöhen, sondern auch der Schaden für die Umwelt!

Weitere aktuelle Infos gibt es laufend auf unserer Internetseite:

<http://www.pro-regenwald.de>

■ Kurze Blicke ins Büro



Doppelte Last tragen musste **Carmen (20)** die im März als Quereinsteigerin eine der kurzfristig freigewordenen FÖJ-Stellen übernahm: Unsere zweite Stelle musste aufgrund begrenzter finanzieller Möglichkeiten unbesetzt bleiben. Kontakt mit Werbepartnern pflegen, Infostände, Vorträge in Schulen - und sich dabei auch noch mit den PCs rumärgern, die ihr enorme Augen- und Kopfschmerzen bereiteten. Es blieb kaum Zeit, sich auf die längere Australienreise vorzubereiten um dort vielleicht noch einige Wochen echten Regenwald zu erleben.

Katharina (20) angehende Kulturwirtin, kommt aus Rheinland Pfalz (Saumagen) und studiert in Passau. Während des Praktikums arbeitete sie hauptsächlich zum Thema Webpages und Recyclingpapier. Mit ihren fabelhaften Ideen trug sie zu einer Projekt-skizze für eine Recyclingpapier-Homepage bei und bastelte an Inhalten für einen neuen Internetauftritt unserer Partnerorganisation Arbofilia. Ihr künstlerisches Talent setzte sie ein, um durch ihre Jonglierkünste jede Menge Leute an den Infostand zu locken und somit zahlreiche Unterschriften zu sammeln.



Der aus Dresden „zua-groaste“ Soziologiestudent **Enrico (28)** überzeugte durch seinen großen Erfolg bei der Akquise von Werbepartnern. Mit seiner Überzeugungskraft und dem Dresdner Charme konnte er eine Reihe von Firmen überzeugen, auch etwas für Regenwaldprojekte zu tun. Die Waldseite hat während seiner Mitarbeit enorm zugelegt. Zudem hat er in der Arbeitsgruppe für die Recyclingwebsite als kreativer Kopf an einigen Ideen mitgesponnen.



Verena (24) schafft es zwei Studiengänge unter einen Hut zu bringen: sie studiert in Regensburg neben Grundschullehramt auch Politik und Ge-

schichte. So hält sie sich zwei Optionen für ihre spätere Berufswahl offen. Während ihres Praktikums beschäftigte sich unsere rasende Reporterin mit dem Thema Papier und wurde schon bald zur Papierexpertin ernannt. Des öfteren war sie allerdings zu schnell unterwegs (mit dem Radl), und wurde deshalb innerhalb kürzester Zeit dreimal von der Polizei aufgehalten (was sehr zum Klatsch und Tratsch im Büro beigetragen hat). Verenas Stimme konnte man sogar in einem Radiobeitrag lauschen. Wobei ihr Interview zum Thema Recyclingpapier nicht nur bei den Kleinen gut ankam.



Unsere einzige echte Münchnerin studiert Politik, Spanisch und Ethnologie und will so schnell wie möglich quer durch Südamerika reisen.

Julia (24) recherchierte zum Thema Auswirkungen der Erdölförderung auf Mensch und Natur und brachte ihr neues Wissen für ein geplantes Infoblatt aufs Papier. Sie war außerdem Schriftführerin unserer Montags-Plenen und ist zum Ende der Praktikumszeit zur Papiergruppe hinzugestoßen, wo sie sich mit dem Thema Plantagen und Papierkonsum beschäftigt hat. In Zukunft will Julia ihren „grünen Daumen“ einsetzen und das **Pro REGENWALD**-Team tatkräftig unterstützen.



Um ihre Zeit nach dem Abitur sinnvoll zu gestalten und sich etwas zu orientieren, hat sich **Kathi (20)** dazu entschlossen, sich für ein Jahr bei **Pro REGENWALD** als FÖJlerin zu engagieren. Neben den FÖJ-spezifischen Kleinjobs, wie Infoanfragen beantworten und Telefondienst übernehmen, fand sie eine inhaltliche Heimat in der Papiergruppe, d.h. Protokolle bei Besprechungen anfertigen, Vorträge in Schulen halten und bei allen möglichen Papierverbrauchern an-



fragen, wie sie es mit Recyclingpapier halten.

Unser zweiter FÖJler, **Moritz (19)**, war von Anfang an der Mann für das Medienlabor. Nach und nach musste er sich zum Experten für PCs hocharbeiten und gebrauchte Teile für das 'PCs für die Umweltbewegung'-Projekt besorgen und einbauen. Mit Kathi gemeinsam kümmert er sich um die Werbepartner für die Waldseite. Seine große Leidenschaft ist jedoch das Schachspielen und bestimmt wird er Hartmut schachmatt setzen - falls sie einmal Zeit dazu finden.



Im Oktober besuchte uns **Guillermo Ñaco Rosas**, ein Koordinator der Asháninka Indianer aus Peru. Er war von der Stadt München und der 'Agendakoordination Eine Welt' eingeladen worden, um an der Jahrestagung des Klima-Bündnis teilzunehmen. Die Tage in München nutzte er zudem, um in einer Reihe von Vorträgen über die Situation seines Volkes zu informieren. Die Asháninka wollen jetzt wieder ihren traditionellen Lebensraum im peruianischen Amazonastiefland besiedeln, nachdem sie wegen der Verfolgung durch die Terrorgruppen des Leuchtenden Pfades jahrelang auf der Flucht waren.



Die Landeshauptstadt München fördert ein Projekt zur Wiederansiedlung der Asháninka im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Klima-Bündnis. **Pro REGENWALD** erarbeitet mit den Projektpartnern derzeit den dazugehörigen Projektantrag mit Schwerpunkt Förderung der traditionellen, ökologischen Land- und Sammelwirtschaft in der betreffenden Region. Das Projekt war Gegenstand intensiver Gespräche.

Praktikas bei Pro REGENWALD: wer sich für Wälder und Menschenrechte einsetzen bzw. das Innenleben einer Organisation kennenlernen will, und idealerweise mindestens 8 Wochen Zeit hat, ist willkommen uns im Rahmen eines Praktikums zu unterstützen. Anfragen an praktikum@pro-regenwald.de

Geschenktipp: Mit neuen Bäumen Wald schenken

■ Anteilscheine für die Wiederherstellung von artenreichen Wäldern kaufen

Seit Jahren unterstützt Pro REGENWALD Baumpflanzprojekte. Bäume zu pflanzen und dadurch zur Regeneration artenreicher Waldökosysteme beizutragen, ist eine unserer Antworten auf die anhaltende Zerstörung und Monokulturisierung der globalen Wälder. Unsere Partner wollen ihre Aktivitäten nun verstärken und mehr pflanzen. Deshalb haben wir uns bis zum Jahresende etwas vorgenommen: 7.000 Euro Spenden sollen dafür zusammenkommen.

Zwei Trends setzen den Wäldern weltweit zu: die Übernutzung oder Abholzung sowie die direkte Umwandlung in Plantagen mit dem Ziel, Papier, Soja oder Palmöl zu gewinnen. Für die Ökosysteme, speziell die Artenvielfalt, sind dies einschneidende Veränderungen, wie am Beispiel Sumatra auf den Seiten 2 und 3 beschrieben wird. Auch die Menschen, die in diesen zerstörten Regionen leben, leiden unter den veränderten Bedingungen. Ein intakter Wald liefert der Bevölkerung mehr als nur Holz oder Palmöl. Gegen diese frustrierende Dynamik sollen die von uns unterstützten Baumpflanzprojekte Zeichen setzen.



Hauptarbeit beim Pflanzen ist meist, den Platz für das neue Bäumchen freizulegen.

In Costa Rica arbeiten wir seit Jahren mit der Organisation Arbofilia zusammen. Neuerdings wird in dem Land viel gepflanzt. Es gibt Zuschüsse vom Staat für Aufforstungstätigkeiten, doch dies hat mittlerweile einen negativen Trend zur Folge: Investoren lassen Monokulturen aus standortfremden Baumarten anlegen, meist Teak oder Gmelina. Sie schöpfen die Subventionen ab und machen den ökologisch verträglich pflanzenden Initiativen Konkurrenz, denn das Land ist knapp und relativ teuer.

Bedrohte Baumarten erhalten ...

Obwohl Costa Rica reich bewaldet (oder für die Experten besser: bebaumt) scheint, sind immer mehr Baumarten

knapp oder gar bedroht. Das hat Folgen: Viele Tiere können in Plantagen nicht überleben. Papageien (Macaws) zum Beispiel brauchen zum Nisten sehr alte und große Bäume mit wuchtigen Ästen und Höhlen. In Plantagen ohnehin, aber auch in holzwirtschaftlich genutzten Wäldern fehlen diese Bäume und Baumstrukturen und mit ihnen natürlich die Macaws.

Das Wissen über diese Zusammenhänge fehlt den Plantagenbetreibern, oder aber sie berücksichtigen es aus Kostengründen nicht.

... hat höheren Aufwand zur Folge

Anders Arbofilia: Hauptanliegen der Organisation ist die Wiederherstellung intakter Waldökosysteme und das geht einher mit der Notwendigkeit gerade auch seltene und vom Aussterben bedrohte Arten zu fördern. Da kommt es vor, dass ein Mitarbeiter zwei Stunden Fahrzeit auf sich nimmt, um bei einer weit entfernten Baumgruppe einige hundert Samen zu ernten. Von diesen schaffen dann etwa fünfzig als Setzling und Baum die ersten zwei Jahre zu überstehen.

In den letzten Jahren hat Arbofilia über zweihundert verschiedene Baumarten gepflanzt. Ohne ein Bestimmungsbuch, wie sie manche Touristen mitbringen, erkennen die Mitarbeiter diese Arten schon als kleine Setzlinge. Ein Laie kann an den fünf, sechs sichtbaren Blättchen kaum einen Unterschied ausmachen. Über jede der Baumarten gibt es auch Geschichten zu erzählen, die bisher nur mündlich überliefert werden und noch nirgendwo aufgeschrieben sind.

Wissen verbreiten und Trends diskutieren

Das Wissen der Organisation wird an andere weitergegeben. Mehrmals jährlich lädt Arbofilia Koordinatoren aus verschiedenen Regionen zu Workshops ein. Da werden Beobachtungen ausgetauscht und diskutiert: Welche Auswirkungen wird der Klimawandel auf die unterschiedlichen Waldzonen haben? Ist die längere Trockenzeit im letzten Jahr schon ein Zeichen für einen längerfristigen Trend? Wie sollen wir diesem mit der Planung unserer Projekte begegnen?

Wer gut pflanzt, hat höhere Kosten. Die-

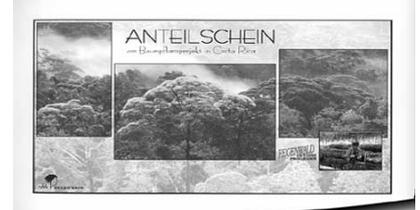
sen Vergleich brauchen Organisationen wie Arbofilia mit den professionellen Plantagenbetreibern nicht anzutreten. Allein die Beschaffung der unterschiedlichen Samen und die Pflege bis zum Baumstadium erfordert einen wesentlich höheren Aufwand, als die Anzucht identischer Teaksprösslinge vom Fließband.

Mit den Kräften der Natur und Spenden

Arbofilia begegnet dem Problem mit Fantasie und Experimentieren. Im kommenden Jahr sollen einige Versuchsflächen nur eingezäunt und größtenteils sich selbst überlassen werden. Das spart die Kosten für die Pflanzung - und solange geeignete Mutterbäume in der Nachbarschaft stehen, kommt der Wald vielleicht von selbst wieder. Arbofilia ist, ebenso wie andere Partnerorganisationen, natürlich auf Spenden und Projektmittel angewiesen. Und dabei sind wir von Pro REGENWALD mit all unseren Spendern eine große Hilfe.

Perspektiven fürs kommende Jahr

Entsprechend den zur Verfügung stehenden Mitteln sollen im kommenden Jahr insbesondere in Costa Rica und Brasilien Pflanzungen gefördert werden. Wir wollen die unterschiedlichen Projekte auch nutzen, um Erfahrungen auszutauschen und geeignete Methoden weiterzuentwickeln. In einer ersten Etappe sollen bis zum Jahresende 7.000 Euro gesammelt werden, im neuen Jahr werden rund 15.000 Euro angestrebt.



Alle können mitmachen

Für 21 Euro können Anteilscheine an den Baumpflanzprojekten gekauft werden. Am einfachsten geht die Bestellung über das Internet unter <http://www.wald.org/projekte>. Wer keinen Zugang hat, kann unter der 089- 359 8650 telefonisch bestellen. Die Anteilscheine eignen sich als Geschenk und werden von Privatleuten ebenso gekauft, wie von Firmen.